

Kantonsratsbeschluss

betreffend Einmaleinlage in die Spezialfinanzierung Zivilschutz

Bericht und Antrag des Regierungsrats
vom 16. Juni 2026

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen Bericht und Antrag zu einem Kantonsratsbeschluss betreffend Einmaleinlage in die Spezialfinanzierung Zivilschutz und erstatten Ihnen dazu den nachstehenden Bericht.

1. In Kürze

Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat, eine Einmaleinlage von 6 Millionen Franken aus der Erfolgsrechnung in die Spezialfinanzierung Zivilschutz zu beschliessen. Durch diese Massnahme wird eine frühere Entnahme rückgängig gemacht und dadurch eine zeitnahe Unterdeckung der Spezialfinanzierung Zivilschutz verhindert.

Die Spezialfinanzierung Zivilschutz dient in erster Linie zur Finanzierung der öffentlichen Schutzräume der Gemeinden und zur Erneuerung von öffentlichen und privaten Schutzräumen. Der Kantonsrat stimmte im Jahr 2017 der Entnahme von 6 Millionen Franken aus der Spezialfinanzierung Zivilschutz für das Ausbildungszentrum Schönau zu. Zu diesem Zeitpunkt war die Spezialfinanzierung Zivilschutz mit einem Saldo von Fr. 8 164 911.48 (Stand per 31. Dezember 2015) gut geäufnet. Zwischenzeitlich hat sich die Sachlage jedoch geändert: Per 31. Dezember 2025 betrug der Saldo der Spezialfinanzierung noch Fr. 3 517 669.52. Zudem entsteht in den nächsten Jahren bei den Schutzräumen ein grosser Erneuerungsbedarf, der mit den Mitteln aus der Spezialfinanzierung Zivilschutz gedeckt werden muss. Um ein Defizit zu verhindern, ist eine Einmaleinlage in die Spezialfinanzierung Zivilschutz erforderlich. Diese Einmaleinlage stellt sicher, dass die zeitnah anstehenden Ersatz- und Erneuerungsmassnahmen finanziert und die gesetzlichen Vorgaben zur Schutzraumerneuerung eingehalten werden können.

2. Ausgangslage

2.1. Spezialfinanzierung Zivilschutz

Die Ersatzbeiträge der Eigentümerinnen und Eigentümer von Wohnhäusern, die keine Schutzräume erstellen müssen oder der Eigentümerinnen und Eigentümer von Heimen und Spitälern, die aus technischen Gründen keine Schutzräume erstellen können (Art. 61 Abs. 1 und 2 des Bundesgesetzes über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz vom 20. Dezember 2019, Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetz, BZG; SR 520.1), fliessen im Kanton Zug in die Spezialfinanzierung Zivilschutz. Spezialfinanzierungen sind gesetzlich oder reglementarisch vorgeschriebene zweckgebundene Mittel zur Erfüllung einer bestimmten öffentlichen Aufgabe (§ 8 Abs. 1 des Gesetzes über den Finanzhaushalt des Kantons und der Gemeinden vom 31. August 2006 [Finanzhaushaltgesetz, FHG; BGS 611.1]). Die in der Spezialfinanzierung Zivilschutz geäufneten Ersatzbeiträge dienen zur Finanzierung der öffentlichen Schutzräume der Gemeinden und zur Erneuerung öffentlicher und privater Schutzräume. Verbleibende Mittel dürfen nur

zu abschliessend umschriebenen Zwecken im Bereich des Zivilschutzes verwendet werden (Art. 62 Abs. 3 Bst. a bis f BZG).

2.2. Entnahme für das Ausbildungszentrum Schönauf

Das Ausbildungszentrum Schönauf auf dem Grundstück GS 2257 an der Lorzenstrasse 4 in Cham wurde 1982/83 erstellt und wird von der Zivilschutzorganisation (ZSO) Kanton Zug sowie zahlreichen anderen Organisationen (Feuerwehr, Polizei, Gebäudeversicherung, Rettungsdienst usw.) als Ausbildungsstandort genutzt. Mit Kantonsratsbeschluss vom 26. Oktober 2017 (BGS 1021.001) bewilligte der Kantonsrat einen Objektkredit von 12.822 Millionen Franken (inkl. 7.7% MWST) für die Instandsetzung und Erweiterung des Ausbildungszentrums Schönauf. Dabei wurden 6 Millionen Franken aus der Spezialfinanzierung Zivilschutz entnommen und der restliche Betrag über die Investitionsrechnung finanziert.

2.3. Mehrausgaben und Mindereinnahmen

Rund 50 Prozent der Schutzbauten im Kanton Zug sind älter als 40 Jahre. Die eingebauten Komponenten, wie beispielsweise Belüftungsaggregate und Gasschutzfilter, erreichen nach und nach das Ende ihrer Lebensdauer (vgl. Liste BABS Komponenten und Ausrüstung, EJPD: Technische Weisungen für den Pflicht-Schutzraumbau 1966 und 1984). Für die Erneuerung dieser Schutzräume müssen Mittel aus der Spezialfinanzierung Zivilschutz entnommen werden, wodurch sich deren Bestand verringert.

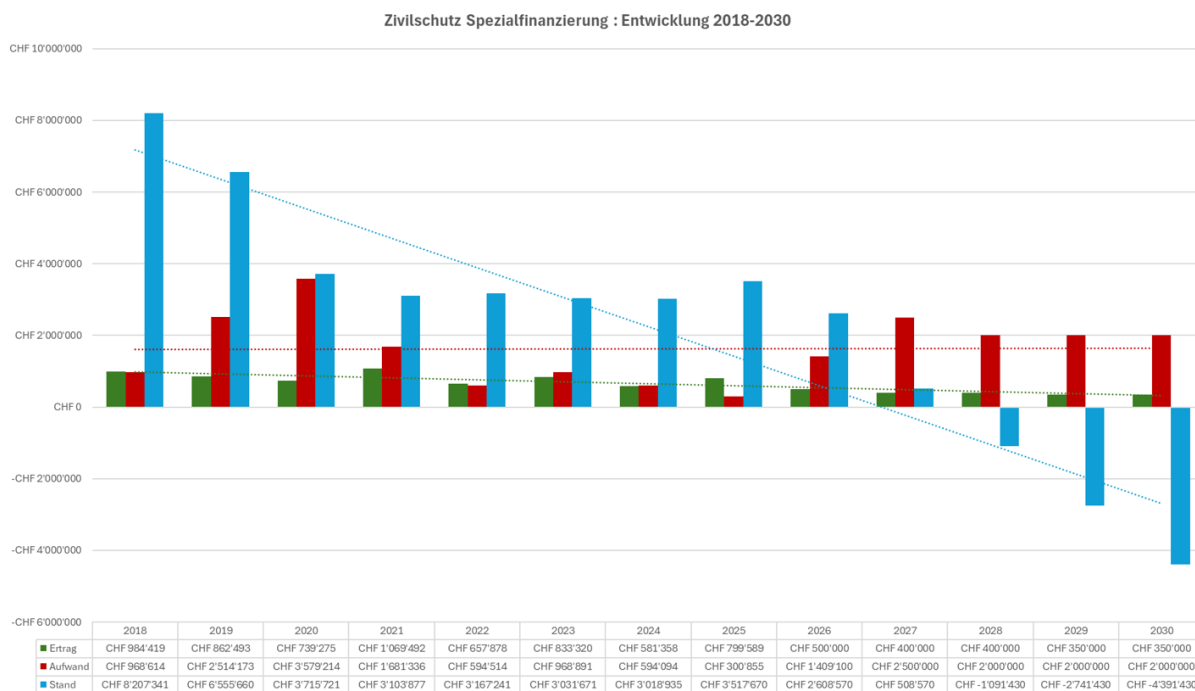
Zudem hat das Konzept Schutzbauten (BABS; Stand: 1. Mai 2023) direkte Auswirkungen auf die strategische Steuerung des Schutzraumbaus im Kanton Zug. Vorgesehen ist, dass kleinere und ältere Schutzräume aufgrund ihres Alters und der unverhältnismässigen Erneuerungskosten pro Schutzplatz aufgehoben werden sollen. Diese Aufhebungen führen dazu, dass zusätzliche neue Schutzplätze geschaffen werden müssen, um sicherzustellen, dass jeder Einwohnerin und jedem Einwohner ein Schutzplatz in der Nähe des Wohnortes zur Verfügung steht (vgl. Art. 60 BZG). Durch diese Anpassungen und den notwendigen Neubau von Schutzplätzen reduzieren sich die Einnahmen aus Ersatzabgaben für nicht erstellte Schutzplätze und damit auch die Zuflüsse in die Spezialfinanzierung Zivilschutz.

3. Verhinderung der drohenden Unterdeckung

3.1. Prognostizierte Entwicklung

Per 31. Dezember 2025 wies die Spezialfinanzierung Zivilschutz einen Bestand von 3 517 669.52 Franken auf. Gemäss den Schätzungen des Amtes für Bevölkerungsschutz, Zivilschutz und Militär werden die Mittel der Spezialfinanzierung Zivilschutz voraussichtlich im Jahr 2027 aufgebraucht sein. Die Schätzungen basieren auf den vorhandenen Daten sowie auf den verfügbaren Prognosen zur Bauentwicklung durch das Amt für Raum und Verkehr.

Entwicklung der Spezialfinanzierung Zivilschutz:



(Quelle: ABZM OM-Bauten, ABZM-Schutzraumplanung, BD-ARV)

3.2. Rückabwicklung der Entnahme als Gegenmassnahme

Die im Jahr 2017 beschlossene Entnahme aus der Spezialfinanzierung Zivilschutz erfolgte vor dem Hintergrund der damaligen schwierigen Finanzlage des Kantons Zug. Zwar kamen die Ersatzbeiträge dadurch ebenfalls für Zivilschutzmassnahmen im weiteren Sinn zum Einsatz. Jedoch waren beim damaligen Beschluss die künftigen Entwicklungen und der zugehörige Mittelbedarf noch nicht vorhersehbar. Es ist deshalb angezeigt, diese Entnahme durch eine Einmaleinlage in die Spezialfinanzierung Zivilschutz zu refinanzieren und damit faktisch rückgängig zu machen.

3.3. Verzinsung der Einmaleinlage

Die Einmaleinlage ist analog der verbuchten Verzinsung der Spezialfinanzierung Zivilschutz in den Jahren 2024 und 2025 zu verzinsen (gemäss dem RRB «Vorgaben für das Budget 2024 und 2025» und den darin festgelegten Zinssätzen für Spezialfinanzierungen gestützt auf § 38 Abs. 1 Bst. h FHG). Für die Jahre 2019 bis 2023 erfolgt keine Verzinsung, da der Zinssatz für die Verzinsung der Spezialfinanzierung damals aufgrund der allgemeinen Zinssituation auf 0 Prozent festgelegt wurde.

Jahr	Entnahme	Zinssätze	Stand Zivilschutz Spezialfinanzierung mit Entnahme	Verbuchter Kalkulatorischer Zins mit Entnahme	Stand Zivilschutz Spezialfinanzierung ohne Entnahme	Kalkulatorischer Zins ohne Entnahme	Differenz
2019	2'000'000.00	0					
2020	3'000'000.00	0					
2021	1'000'000.00	0					
2022		0					
2023		0					
2024		0.5	3'031'670.91	15'158.35	9'031'670.91	45'158.35	30'000.00
2025		1	3'018'935.02	30'189.35	9'018'935.02	90'189.35	60'000.00
2026		0			Total Verzinsung per 31.12.2026		90'000.00

(Quelle: ABZM)

4. Ausgabenbeschluss

Eine Ausgabe ist die Verwendung von Finanzvermögen zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben (§ 24 Abs. 1 FHG). Als Ausgabe gilt unter anderem die Einlage in Spezialfinanzierungen (§ 24 Abs. 2 Bst. d FHG). Jede Ausgabe braucht eine Rechtsgrundlage und einen Budgetkredit (§ 24 Abs. 3 FHG). Als Rechtsgrundlage für eine Ausgabe gelten ein Rechtssatz, ein Beschluss der Legislative oder ein Volksentscheid (§ 27 Abs. 1 Bst. a bis c FHG).

Für die vorgesehene Einmaleinlage in die Spezialfinanzierung Zivilschutz besteht derzeit keine Rechtsgrundlage. Mit dem vorliegenden Ausgabenbeschluss wird im Sinne von § 27 Abs. 1 Bst. b FHG eine genügende Rechtsgrundlage für diese Ausgabe geschaffen. Der Ausgabenbeschluss liegt über der Referendumslimite von 500 000 Franken (vgl. § 34 Abs. 1 der Verfassung des Kantons Zug vom 31. Januar 1894 [Kantonsverfassung, KV; BGS 111.1]).

Im Ausgabenbeschluss wird Folgendes festgehalten:

Es wird zu Lasten der Erfolgsrechnung eine Einmaleinlage aus dem allgemeinen Haushalt an die Spezialfinanzierung Zivilschutz von 6.09 Millionen Franken geleistet.

Die Verbuchung wird wie folgt erfolgen:

- Umbuchung aus dem allgemeinen Haushalt mittels interner Verrechnung: 5022.3980.10 (Soll) / 3542.4980.10 (Haben);
- Im Rahmen des Jahresabschlusses wird der Ertragsüberschuss der Spezialfinanzierung mittels einer Einlage der Spezialfinanzierung gutgeschrieben: 3542.3500.10 (Soll) / 2090.01 (Haben).

5. Finanzielle Auswirkungen und Anpassungen von Leistungsaufträgen

5.1. Finanzielle Auswirkungen auf den Kanton

Die Einmaleinlage erfolgt im Jahr 2027 zu Lasten der Erfolgsrechnung 2027.

A	Investitionsrechnung	2025	2026	2027	2028
1.	Gemäss Budget oder Finanzplan: bereits geplante Ausgaben				
	bereits geplante Einnahmen				
2.	Gemäss vorliegendem Antrag: effektive Ausgaben				
	effektive Einnahmen				
B	Erfolgsrechnung (nur Abschreibungen auf Investitionen)				
3.	Gemäss Budget oder Finanzplan: bereits geplante Abschreibungen				
4.	Gemäss vorliegendem Antrag: effektive Abschreibungen				
C	Erfolgsrechnung (ohne Abschreibungen auf Investitionen)				
5.	Gemäss Budget oder Finanzplan: bereits geplanter Aufwand				
	bereits geplanter Ertrag				
6.	Gemäss vorliegendem Antrag: effektiver Aufwand			6'090'000	
	effektiver Ertrag				

5.2. Finanzielle Auswirkungen auf die Gemeinden

Diese Vorlage hat keine finanziellen Auswirkungen auf die Gemeinden.

5.3. Anpassungen von Leistungsaufträgen

Diese Vorlage hat keine Anpassungen von Leistungsaufträgen zur Folge.

6. Zeitplan

1./2. Juli 2026	Kantonsrat, Kommissionsbestellung
Sept. 2026	Kommissionssitzung(en)
Nov. 2026	Kommissionsbericht
Dez. 2026	Beratung Staatswirtschaftskommission
Jan. 2027	Bericht Staatswirtschaftskommission
25. Febr. 2027	Kantonsrat, 1. Lesung
18./19. März 2027	Kantonsrat, 2. Lesung
März 2027	Publikation Amtsblatt
Mai 2027	Ablauf Referendumsfrist (60 Tage; § 34 Abs. 2 KV)
Mai 2027	Inkrafttreten (ohne Volksabstimmung)
Nov. 2027	Allfällige Volksabstimmung
Dez. 2027	Publikation Amtsblatt
Dez. 2027	Inkrafttreten (bei Volksabstimmung)

7. Antrag

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen beantragen wir Ihnen, auf die Vorlage Nr. 4142.2 - 18659 einzutreten und ihr zuzustimmen.

Zug, 16. Juni 2026

Mit vorzüglicher Hochachtung
Regierungsrat des Kantons Zug

Der Landammann: Andreas Hostettler

Die stv. Landschreiberin: Renée Spillmann Siegwart